

Referate Medienkonferenz „Integrationsdialog“, 30. Oktober 2012

1. Rozan Kayra, Sozialarbeiterin FH und Systemtherapeutin ZSB
2. Pascal Broulis, Präsident Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)
3. Jean-François Rime, Präsident Schweizerischer Gewerbeverband (sgv)
4. Klaus Künzli, Präsident GastroSuisse
5. Heinrich Bütikofer, Vizedirektor Schweizerischer Baumeisterverband (SBV)
6. Marcel Guignard, Präsident Schweizerischer Städteverband (SSV)

Medienkonferenz TAK-Integrationsdialog Arbeitswelt, 30. Oktober 2012

Frau Rozan Kayra

Es gilt das gesprochene Wort

Das Gefühl, wenn man eintrifft: Endlich in Sicherheit! Erst später merkt man, dass man noch gar nicht wirklich da ist. Um geistig und seelisch anzukommen, braucht es Zeit und die Unterstützung von Menschen, die schon da sind. Denken Sie an Rettungssituationen bei Katastrophen und mit welchem professionellem Aufwand traumatisierte Menschen - zum Beispiel von Care-Teams - betreut werden.

Ich bin aus so einer Situation gekommen. Ich war plötzlich in einem sicheren, freien Land, in dem das Lachen von Menschen normal und das Weinen und Schreien vor Angst und Schmerz die Ausnahme war. Aber ich konnte die lachenden Gesichter in der sicheren Schweiz nicht einmal ertragen. Ich traute dem Frieden nicht, weil ich zuvor keinen Grund gehabt hatte, irgendjemandem zu trauen.

Im Empfangszentrum stand ich plötzlich im Asylverfahren. Man hörte mich an, aber niemand sprach mich auf mein persönliches Befinden an. Ich wurde als Flüchtling anerkannt, es kam der Prozess der Integration.

Die angebotenen Sprachkurse waren sehr niederschwellig. Der finanzierte Kurs hätte mir in etwa das folgende Deutsch ermöglicht: „Wo ist Bahnhof?“. „Wieviel kostet das?“ Mit dem Pauschalbetrag für Deutschkurse war ein geeignetes Deutsch für eine Ausbildung nicht zu erreichen.

Ich habe mich sehr für einen weiteren, guten Deutschkurs eingesetzt. Es hat mich sehr viel Energie gekostet, bis ich für den Beginn einer Ausbildung ausreichend Deutsch sprechen konnte.

Heute bin ich ausgebildete Sozialarbeiterin und Systemtherapeutin. Ich bin dafür dankbar. Und wäre noch dankbarer, wenn die Hürden nicht so hoch gewesen wären.

Meine Schlussfolgerungen:

Für eine erfolgreiche Integration und weniger Sozialkosten braucht es eine verbesserte Vermittlung und Finanzierung von qualitativ adäquaten Sprachkursen.

Die psychologische Betreuung traumatisierter Flüchtlinge in den Empfangszentren ist dringend notwendig, um spätere Behandlungskosten und den Ausschluss vom Wirtschaftsprozess zu vermeiden.

Ich weiss: die überwiegende Mehrheit der fremden Menschen, ganz unabhängig davon, ob sie einfach Arbeitskräfte oder Flüchtling oder vorläufig Aufgenommene sind, will sich in der Schweiz integrieren. Wir sind auch bereit, vieles dafür zu leisten, aber wir schaffen es nicht alleine. Wir brauchen das Engagement von Staat und Wirtschaft.



Medienkonferenz vom 30. Oktober 2012

TAK-Integrationsdialog Arbeitswelt: Massnahmen auf staatlicher Seite

Pascal Broulis, Staatsrat Kanton Waadt, Präsident KdK

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizer Wirtschaft ist auf Zuwanderung angewiesen, weil in unserem Land nicht genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen. Allerdings häufen sich die Anzeichen dafür, dass in der Schweizer Bevölkerung die Akzeptanz gegenüber der Zuwanderung sinkt. Viele verlangen eine Begrenzung. Unsere Zuwanderungspolitik ist unter Druck.

Die Kantone werden sich auch in Zukunft für unser duales Zulassungssystem und die Personenfreizügigkeit einsetzen, damit den Schweizer Unternehmen genügend qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Umgekehrt sind wir aber auch darauf angewiesen, dass die Wirtschaft uns dabei unterstützt, die Menschen, die hier in die Schweiz kommen, gut zu integrieren.

Die Kantone messen dem Dialog mit der Wirtschaft deshalb hohe Bedeutung zu. In diesem Sinne freuen wir uns, dass die TAK diesen für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes wichtigen Prozess lanciert hat.

Im Rahmen des heutigen Dialogs haben wir festgestellt, dass wir alle – staatliche wie nichtstaatliche Akteure – ähnliche Vorstellungen haben, in welche Richtung wir die Integration der Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz vorantreiben wollen. Die Dialogpartner haben sich in drei Aktionsfeldern auf konkrete, überprüfbare Ziele geeinigt. Die Massnahmen auf staatlicher Seite stelle ich Ihnen gerne kurz vor:

1. Aktionsfeld: „Information und Sensibilisierung“

Die Chancen, dass der Integrationsprozess positiv verläuft, sind dann gut, wenn Ausländerinnen und Ausländer von Anfang an hier in der Schweiz Akzeptanz und Wertschätzung erfahren. Gleichzeitig müssen sie wissen, was wir von ihnen erwarten. In diesem Sinne wollen die Dialogpartner die Information sowie die Sensibilisierung für Integrations- und Diskriminierungsfragen intensivieren.

Auf staatlicher Seite sind wir daran, ein flächendeckendes Erstinformationssystem aufzubauen. Gemeinsam mit den Organisationen der Arbeitswelt wollen wir in den nächsten Monaten Informations- und Sensibilisierungsaktionen durchführen. Auch muss die Zusammenarbeit von staatlichen Integrationsfachstellen mit den Unternehmen vor Ort intensiviert werden. Ziel ist es, möglichst praxisnahe Unterstützungsangebote zu schaffen.

2. Aktionsfeld: „Sprache und Bildung“

Alle Dialogpartner waren sich heute Morgen einig, dass gute Kenntnisse der lokal gesprochenen Sprache für die Integration von grosser Bedeutung sind. Der Arbeitsplatz bietet für die Sprachförderung viel Potenzial, da hier vielfältige Kontakte stattfinden.

Deshalb werden in allen Kantonen in den nächsten Jahren die praxisbezogenen Sprachförderangebote ausgebaut. Die Integrationsfachstellen von Kantonen und Städten werden für Unternehmen konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, wie im Betriebsalltag die Sprachkompetenzen der Mitarbeitenden gefördert werden können.

3. Aktionsfeld: „Arbeitsmarktintegration vorläufig Aufgenommenen Personen und anerkannte Flüchtlinge“

Die Erwerbsquote dieser Personengruppen ist heute viel zu tief. 2011 beispielsweise waren rund 80% der erwerbsfähigen Flüchtlinge arbeitslos. Hier wollen die Dialogpartner einen besonderen Effort leisten. Bis 2016 wollen wir zusätzliche 2'000 anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene Personen in den Arbeitsmarkt integrieren.

Wir werden auf staatlicher Seite versuchen, die Rahmenbedingungen bei der Erteilung von Arbeitsbewilligungen zu verbessern. Auch müssen wichtige Stellen wie die RAV, die Berufsberatungen, die Sozialämter und auch die Arbeitgeber über die Bedürfnisse dieser Zielgruppe besser informiert werden.

Fazit

Es gilt aber auch, den Bedenken der Schweizer Bevölkerung Rechnung zu tragen. In diesem Sinne müssen wir die Arbeitgeber auch dafür sensibilisieren, dass sie Stellen mit hier anwesenden Personen besetzen, anstatt immer neue Arbeitskräfte aus dem Ausland zu rekrutieren.

Diverse Studien aus dem Ausland, aber auch einheimische Statistiken belegen, dass die Ausländerintegration in der Schweiz insgesamt gut funktioniert. Das wird aber oftmals nicht so wahrgenommen. Gemeinsam mit der Wirtschaft wollen sich Bund, Kantone, Städte und Gemeinden deshalb dafür einsetzen, diesen negativen Eindruck zu verbessern. Heute Morgen haben wir zusammen mit der Wirtschaft einen ersten Schritt in diese Richtung gemacht.

TAK – Integrationsdialog Arbeitswelt – Medienkonferenz vom 30. Oktober 2012

NR Jean-François Rime, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren

Viele KMU leben die Integration täglich. Sie brauchen ausländische Arbeitskräfte, sie schätzen diese Mitarbeitenden, und sie wissen, dass gut integrierte Mitarbeitenden dem Betrieb viel bringen: Effizientere Arbeitsabläufe, mehr Zufriedenheit im Team.

Der heutige Dialog hat gezeigt, dass Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sich in vielen Punkten einig sind: Integration ist wichtig, sie kann nur erfolgreich sein, wenn alle sich daran beteiligen, und der Arbeitsplatz ist ein zentraler Ort der Integration. Die beteiligten Arbeitgeber- und Branchenverbände halten aber ausdrücklich fest, dass den einzelnen Unternehmen nicht zusätzliche Kosten anfallen dürfen, wenn sie die Integration ihrer ausländischen Angestellten fördern. Vor diesem Hintergrund sind sie bereit, die KMU darin zu bestärken, ihre wichtige Rolle in der Integration weiterhin wahrzunehmen.

Dafür muss sich allerdings auch der Staat engagieren. Ich gebe Ihnen zwei Beispiele: Wenn Arbeitgeber ihre ausländischen Mitarbeitenden über staatliche Integrationsangebote informieren sollen, müssen sie erst einmal selber von den zuständigen Stellen über diese Angebote informiert werden. Und wenn KMU der zweiten Ausländergeneration noch mehr als bisher die Türe zur Berufsbildung öffnen sollen, müssen die Eltern dieser Jugendlichen besser über unser Berufsbildungssystem aufgeklärt werden. Das schaffen die Arbeitgeber nicht allein. Dazu brauchen wir auch den Einsatz der staatlichen Integrationsstellen und der Ausländerorganisationen.

Ich komme zu den konkreten Beiträgen der Wirtschaft an die Ziele des Integrationsdialogs:

Der sgv wird sich aktiv an der Informationsarbeit beteiligen. Wir werden unsere Medien und Publikationen nutzen, um über die Themen Integration und Diskriminierung zu informieren. Im November wird ein Merkblatt mit Tipps für Arbeitgeber an seine Mitglieder und an die 150'000 Empfänger der Schweizerischen Gewerbezeitung sgz und des Journal des arts et métiers jam verteilt. Die Dialogpartner werden sich zudem dafür einsetzen, diese Themen in den Ausbildungsgängen verschiedener Branchen zu verankern. Sie werden gleich hören, wie GastroSuisse das anpackt.

Im Aktionsfeld Sprache und Bildung steht vorderhand das Pilotprojekt "Deutsch auf der Baustelle" im Mittelpunkt. Der Baumeisterverband wird Ihnen das Besondere an diesem Projekt erklären. Die Dialogpartner wollen dazu beitragen, diese praxisorientierte Art, eine Sprache zu lernen, auf die anderen Landesteile und auf andere Branchen auszuweiten.

Wir haben uns heute Morgen auch Ziele gesetzt, um anerkannte Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Es ist wichtig, dass sie wirtschaftlich unabhängig sein können - wichtig für sie und wichtig für unsere Sozialwerke.

Wir müssen uns allerdings auch bewusst sein, dass dieses Thema sehr komplex ist. Zum Beispiel haben viele dieser Menschen, denen wir Schutz geben, schlimme Erlebnisse hinter sich. Sie brauchen eine besondere Betreuung, die ein Arbeitgeber selten leisten kann. Es fehlt ihm die Zeit und vor allem das nötige Wissen dazu. Deshalb begrüßen wir die Idee, im Rahmen von gemeinsamen Pilotprojekten nach geeigneten Lösungen zu suchen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft wollen nicht nur miteinander reden. Wir wollen auch gemeinsam handeln, um die Integration voranzubringen.

Kontakt: Jean-François Rime, Präsident sgv, 079 230 24 03

TAK – Integrationsdialog mit der Arbeitswelt, 30. Oktober 2012

Statement von Klaus Künzli, Präsident GastroSuisse

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Damen und Herren

Lassen Sie mich meine Ausführungen mit drei wichtigen Feststellungen beginnen:

Erstens: Die Zusammenarbeit mit ausländischen Mitarbeitenden hat im Gastgewerbe Tradition. Der Ausländeranteil beträgt rund 40 Prozent. Wir sind auf diese Mitarbeitenden angewiesen; ohne sie ginge es nicht. Die ausländischen Mitarbeitenden werden von unseren Mitgliedern sehr geschätzt.

Zweitens: Das Gastgewerbe bietet vielen ausländischen Mitarbeitenden eine wichtige Möglichkeit für den Berufseinstieg, und dank der Zusammenarbeit im Team die Chance zur Integration. Manch einer hat im Gastgewerbe nicht nur Arbeit erhalten, sondern zusätzlich den Zugang zur lokalen Kultur und Sprache sowie Freunde gefunden. Das wird allseits geschätzt.

Drittens: Die Ländergastronomie ist "in". Unsere Gäste sind weltoffen und weit gereist. Zurück in der Schweiz, suchen sie das echte Thai-Lokal oder das authentische indische Restaurant. Um das anbieten zu können, brauchen wir Spezialisten – Kenner der ausländischen Küche. Ausländische Spezialisten haben Aufstiegschancen bis hin zur Selbständigkeit. Leider sind die bürokratischen Hürden auf diesem Weg sehr hoch.

Was will ich mit diesen drei Betrachtungen zum Ausdruck bringen:

Integration und interkulturelle Kommunikation sind seit jeher eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg im Gastgewerbe. Das wissen wir. Diese Themen haben deshalb bereits Eingang in den Lehrplan unserer dreistufigen Gastro-Unternehmerausbildung gefunden. Sie sind heute ein fixer Bestandteil auf der Stufe G2, die mit dem Titel Gastro-Betriebsleiter mit eidgenössischem Fachausweis abschliesst. Es ist wichtig, dass sich künftige Betriebsleitende mit anderen Kulturen auseinandersetzen.

Das wollen wir weiter stärken. Ab 2013 werden deshalb die Themen Integration und interkulturelle Kommunikation, neu, bereits auf Stufe G1 der Gastro-Unternehmerausbildung aufgegriffen. Rund 1000 Führungskräfte in der ganzen Schweiz absolvieren jährlich dieses Grundseminar. Die Breitenwirkung wird somit deutlich verstärkt. Das Gastro-Grundseminar,

G1, entspricht den kantonalen Vorbereitungskursen auf die "Wirteprüfung" und ist ein wichtiger Pfeiler der Qualitätsstrategie des Gastgewerbes. Wir sind überzeugt: es braucht eine Mindestausbildung für den Brancheneinstieg – das ist im Interesse der Gäste, der Mitarbeitenden und der Unternehmer.

Mit der Schulungsoffensive "Gut informiert – besser integriert" stärken wir diese Grundausbildung weiter und nutzen sie auch für den Integrationsdialog. Angehende Unternehmerinnen und Unternehmer sollen künftig noch mehr dazu ermuntert werden, aktiv beizutragen, dass sich ihre ausländischen Angestellten am Arbeitsplatz und auch in ihrem Alltag gut einleben können. Und die Unternehmer sollen bald noch besser darüber informiert sein, an welche Fachstellen sie sich mit Fragen wenden können.

Wir bauen unseren Beitrag zur guten Integration von ausländischen Mitarbeitenden weiter aus. Denn wir wissen:

Die allseitige Integration ist die Grundlage für ein zufriedenes Team und damit auch für zufriedene Gäste.

Bern, 30. Oktober 2012

Sprachliche Integration auf Schweizer Baustellen

Es gilt das gesprochene Wort

Seit jeher arbeitet auf Schweizer Baustellen eine **grosse Zahl von ausländischen Arbeitnehmern**. Waren es in den 60er Jahren noch 160'000 Arbeitskräfte, sind es heute noch rund 40'000 (insgesamt rund 70'000 Baustellenpersonal). Die gegenwärtige Nationalitätenverteilung sieht wie folgt aus: rund 35% Schweizer, rund 28% Portugiesen, rund 13% Italiener, rund 3% Spanier, 11% aus dem Raum des ehemaligen Jugoslawien, gegen 5% Deutsche und der Rest verteilt sich auf verschiedene Nationen.

Obwohl im Landesmantelvertrag für das Schweizerische Bauhauptgewerbe (LMV) längstens der **Gleichbehandlungsgrundsatz** verankert war, raffte sich der Bund erst 1986 auf, im Zusammenhang mit dem Saisonier Statut die Gleichbehandlung von ausländischen und inländischen Arbeitskräften in der sog. BVO (Begrenzungsverordnung) festzulegen. Mit Inkrafttreten der Bilateralen Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft 2004 und insbesondere des **Personenfreizügigkeitsabkommens** kommen statt der BVO für Bauarbeiter aus dem EU-Raum die Flankierenden Massnahmen zur Anwendung.

Seit Jahren engagieren sich die LMV-Vertragsparteien in der **Ausbildung von ausländischen Baustellenarbeitern**. Seit den Achtziger Jahren werden in Spanien (1982) und Portugal (1987) in jeder Wintersaison achtwöchige Kurse für Bauarbeiter durchgeführt, in welchen diese nicht nur handwerkliches Können, sondern auch sprachliches Wissen erwerben können, allerdings auf ihre direkte Arbeit auf der Baustelle bezogen. Wer den Kurs erfolgreich absolviert, steigt in eine höhere Lohnklasse auf. Die aus dem Land der jeweiligen Bauarbeiter stammenden Fachlehrer werden im Campus Sursee ausgebildet und danach jährlich zur Auffrischung ihres Wissens im September in die Schweiz aufgeboden.

Damit solche **integrativen Ausbildungen möglich sind**, bedarf es der nötigen finanziellen Unterstützung. Die **Finanzierung** erfolgt seit Aufnahme der Ausbildungskurse über den paritätischen Sozialfonds des schweizerischen Bauhauptgewerbes, dem **Parifonds Bau**. Der Parifonds Bau finanziert aber auch seit jeher die durch die lokalen Vertragsparteien in den Sektionen angebotenen Sprachkurse. Zusammen mit der Stiftung ECAP wurden zu Beginn der 90er Jahre Sprachunterlagen zur Erlernung der deutschen Sprache entwickelt, welche sich bewährt haben.

Mit den **neuen Sprachkursen auf Baustellen** nach dem vom Bund unterstützten und von der Universität Freiburg i. Ue. (Institut für Mehrsprachigkeit) entwickelten Konzept „fide“ (www.fide-info.ch) sollen in einer Pilotphase Erfahrungen gesammelt werden.

Inhaltlich geht es um Deutschkenntnisse im Alltag. Es werden die Methoden der Erwachsenenbildung gemäss dem „Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen“ GER verwendet und der Unterrichtsort in Nähe des Arbeitsortes verlegt. Drei grössere Mitgliedfirmen, Implenia AG (Basel), Ramseier AG (Bern) und Stutz AG (Hatswil TG), erklärten sich für ein Pilotprojekt vom Herbst 2012 bis Frühjahr 2013 bereit. Die Absicht besteht, das Projekt flächendeckend und in allen Sprachregionen zu lancieren.

Der **SBV unterstützt** die Absicht der Kantone und des Bundes zur sprachlichen Integration ausländischer Arbeitnehmer. Aufgrund der immer anspruchsvolleren Aufgaben auf unseren Baustellen, ob im Hoch-, Tief- Infrastruktur- oder Spezialbau, steigen die kommunikativen Ansprüche laufend, was auch eine Verbesserung der sprachlichen Fähigkeiten unabdingbar macht. Mit dem vorliegenden Projekt soll ein wichtiger Beitrag zur Steigerung der Qualifikation geleistet werden.

Kontakte

Schweizerischer Baumeisterverband

- Fürsprecher Heinrich Bütikofer, Vizedirektor, Leiter Dep. Unternehmung + Dienstleistung, huetikofer@baumeister.ch, T 044 258 82 80
- lic. rer. pol. Jean-Pierre Grossmann, Abt. Leiter, GAV / Sozialpolitik, jpgrossmann@baumeister.ch, T 044 258 83 07



Medienkonferenz vom 30. Oktober 2012

TAK-Integrationsdialog Arbeitswelt: Rolle der Städte und Gemeinden

Dr. Marcel Guignard, Präsident des Schweizerischen Städteverbandes, Stadtammann Aarau

Integration erfolgt vorwiegend vor Ort, dort, wo die Menschen ihren Lebensmittelpunkt haben – in den grossen urbanen Zentren genauso wie in kleinen, ländlichen Gemeinden. Ich spreche sowohl für den Schweizerischen Städteverband wie auch für den Schweizerischen Gemeindeverband, wenn ich sage: Integration findet bei uns täglich statt – im Quartier-Treff, in der Waschküche, im Dorfladen, im Verein und auch im Kontakt mit unseren kommunalen Behörden.

Städte und Gemeinden stehen hinter Personenfreizügigkeit

Mit unserem Engagement für diesen Integrationsdialog nehmen wir von der kommunalen Ebene unsere politische Verantwortung wahr. Städte und Gemeinden sind – neben Bund und Kantonen – wichtige Akteure auch in der Migrationspolitik. Wir stehen hinter der Personenfreizügigkeit, von der unser Land wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell profitiert.

Impuls in die Regionen tragen

Deshalb ist es für den Schweizerischen Städteverband und den Schweizerischen Gemeindeverband selbstverständlich, dass wir diesem Integrationsdialog mit der Wirtschaft unsere volle Unterstützung geben. Integration ist ein fester Bestandteil der Migrationspolitik. Städte und Gemeinden wollen den starken Impuls, den wir heute zusammen mit der Wirtschaft für eine gemeinsame aktive Integrationspolitik geben, von der nationalen auch auf die regionale Ebene weitertragen. Ziel unseres Engagements ist es, dass alle länger bei uns lebenden Menschen am wirtschaftlichen und sozialen Leben teilhaben können.

Konkret werden wir unsere Mitglieder einladen, in den Regionen ähnliche Gespräche zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren zu organisieren, wie wir sie heute auf nationaler Ebene geführt haben. Weiter wollen wir dafür sorgen, dass laufende innovative und erfolgreiche Projekte bekannt werden. Die Verbreitung der Informationen erfolgt über eine eigens eingerichtete Webseite unter dem Titel www.dialog-integration.ch.

Netzwerk aufbauen und Good Practices austauschen

Diese Webseite – gemeinsam getragen von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden – wird die zentrale Informationsdrehscheibe für alle Aspekte dieses heute lancierten Integrationsdialogs zwischen Staat und Wirtschaft sein. Sie enthält eine Sammlung von Good Practices, Hintergrundinformationen allgemeiner Natur, eine Übersicht über Pilotprojekte, auch Checklisten sowie zahlreiche Adressen und Links, die der Vernetzung dienen. Die Webseite will somit nicht nur informieren, sondern auch motivieren, sich für diesen Integrationsdialog zu engagieren.

Wir haben uns heute eine Reihe konkreter Ziele gesetzt. Sie sind ehrgeizig und Sie, Medien und Öffentlichkeit, werden uns daran messen. Ich bin zuversichtlich, dass wir die Ziele mit einer gemeinsamen Anstrengung erreichen.